

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeiger:
Die einmalige Seite 60
Kont. u. Berichts 80
Reklamengabe 250 M.

Kausgebühren:
Die, Rosenstraße 36.
Gernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gm.

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 238

Diez, Montag, den 18. Oktober 1920

26. Jahrgang

Unerfüllbare Forderungen.

Bad Em, 18. Oktober.

In den ersten Tagen des Oktobers wurde gemeldet, eine Enquete-Kommission habe in Augsburg die Zerstörung sämtlicher Dieselmotoren in Deutschland verlangt. Unklarheit wurde die Köpfe geschüttelt. Doch es war Wahrheit. Bald traten in Berlin die Vertreter der deutschen Industrie zusammen, um Stellung gegen diese erneute Forderung des Verbandes zu nehmen. Man erfuhr, daß wirklich die Zerstörung sämtlicher Dieselmotoren gemeint sei. Die erschienenen Vertreter unserer Industrie beklagten der Regierung nicht den ungeheuren Schaden, der die deutsche Industrie durch die Zerstörung erleide. Eine Forderung, die eingehend darlegt, daß wir dieser Forderung nicht nachkommen können, wurde nach Paris geschickt. Die klare Rechtslage läßt keinen Zweifel daran, daß Deutschland nicht verpflichtet ist, die Zerstörung vorzunehmen. Sämtliche ininteressierten Kreise legten gehäufte Proteste gegen die Durchführung dieser Forderung ab. Eine Antwort hat die Völkervereinigung der deutschen Regierung noch nicht zugehen lassen. Die Rechtslage ist für uns, aber ein altes Sprichwort sagt: „Wer die Macht hat, hat auch das Recht“. Deutschland ist ohne Gnade und Erbarmen in den Händen der Alliierten. Wir fragen, wo hilft da der allseits gepriesene Völkerverbund? Nirgendwo Hilfe und Entgegenkommen. Deutschland muß klein und elend bleiben und zeigt sich irgendwo ein guter Feind, so vernichtet ein Hagelsturm von Entente Gnaden und gute Meis.

Nach unglaublicher haben viele heute die Köpfe geschüttelt bei der getriebenen Meldung betr. die Ablieferung von 810000 Milchkuhen. Doch schnell ist dieser Zweifel geschwunden, denn eine weitere Meldung besagt, daß Deutschland sofort die Ablieferung durchführen soll. Man läßt sich nicht etwa für Jahresraten Zeit, nein, die sofortige Ablieferung muß begonnen werden. Frankreich fordert für sich den größten Teil. Alle diejenigen, die obige Meldung gelesen haben, haben diese Forderung für unmöglich gehalten. Sie glauben nicht an die Gültigkeit der Meldung. Sie wissen selber daran glauben.

Das bedeutet diese neue Forderung für unser armes, geplagtes Vaterland. Unsere Milchversorgung, die nicht einmal heute hinreichend für unsere Kinder und Greise ist, wird vollkommen vernichtet. Selten wird sich ein glücklicher Preis finden, auch nur ein halbes Liter Milch zu erhalten. 7 Millionen Liter Milch gehen und werden. Unsere Kinder und Greise können sich nicht mehr wehren. Das große Sterben wird beginnen. Deutschlands Jugend und damit Deutschlands Zukunft muß vernichtet werden. Deutschland darf keinen Frieden mehr für den europäischen Frieden bilden. Keine Jugend, keine Zukunft, kein Wachstum und Gedeihen! Deutschland muß langsam von innen sterben.

Wer glaubt noch bei diesen beiden letzten Berordnungen an eine Besserung, an eine beginnende bessere Zukunft bei den Alliierten. Wo steht der Optimist, der noch an ewige Völkervereinigung und -frieden denkt. Kein Mensch hat Einsicht mit dem sterbenden deutschen Volke, auch Deutschland nicht. Deutschland, unser einstmaliges stolzes Vaterland, ist von einer stolzen Höhe in den tiefsten Abgrund gestürzt. Nirgendwo eine hilfsvolle Hand. Allein verlassen stehen wir in der Welt da, darum deutsches Volk, laß Parteikampf und -hader begraben sein; laß deutsche und jetzt einstimmig solchen unmöglichen Forderungen ein festes „Nein“ entgegen.

Der vorige Artikel war schon geschrieben, als die Aufhebung des Völkerverbundes in der Dieselmotorenangelegenheit nicht eingetroffen war. Man beachte die folgende Meldung in dieser Angelegenheit.

Die 810000 Milchkuhe.

Berlin, 17. Okt. Die Mitteilungen, die auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel über die neuen Forderungen gemacht worden sind, haben allerseits wie eine Bombe eingeschlagen. Auf den beteiligten Kreisen wird mitgeteilt, daß die Angaben, die in Kassel gemacht worden sind und die der Vorwärts heute durch Einzelangaben bestätigt und sogar erweitert, in der Hauptsache zutreffen. Man sagt, die Forderung sei nicht in irgendeiner Note enthalten worden, sondern sei aus einer langen Reihe von Forderungen zusammengestellt, die im Laufe der letzten Monate eingegangen ist. In diesen Listen wird von den Franzosen all das angeführt, was irgendwo als Verlust von deutschem Eigentum behauptet wird. Als rechtliche Grundlage der Forderungen ist der Paragraph 2a der Anlage 4 zu Artikel 231 des Versailler Vertrages angegeben.

Die Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte verlangen dem Wiedergutmachungsausschuss Verzeichnisse, die die Tiere, Maschinen, Montierungsteile, Wagnisse (im englischen Text Werkzeuge) und alle ähnlichen Gegenstände, die von Deutschland beschlagnahmt, verbracht oder zerstört worden sind oder die durch militärische Maßnahmen zerstört worden sind, und die die genannten Regierungen zur Befriedigung der Gegenstände erzeugt zu sehen wünschen, die auf dem Gebiet bei Inkrustieren des gegenwärtigen Verhältnisses vorhanden sind.

Nach § 4 „prüft der Ausschuss nach Eingang der Verzeichnisse, inwieweit die Lieferung der in ihnen aufgeführten Gegenstände der Wiedergutmachung gefordert werden kann. Die Entscheidung trägt der Ausschuss den inneren Bedürfnissen Deutschlands so weit Rechnung, wie es zur Auf-

rechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands notwendig ist“. Er „berücksichtigt schließlich das allgemeine Interesse der alliierten und assoziierten Regierungen daran, daß das gewerbliche Leben Deutschlands nicht so weit zerrüttert wird, daß seine Fähigkeit, seinen andern Wiedergutmachungsverpflichtungen zu genügen, in Frage gestellt wird“. Schließlich sagt der § 6, daß „als unmittelbare Abgabefrist auf die in § 2a erwähnten Tiere Deutschland zugesagt, binnen drei Monaten seit Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags die nachstehenden Mengen an lebenden Tieren zu liefern, und zwar monatlich ein Drittel von jeder Art“. Diese Tierlieferungen sind im heurigen Frühjahr in der Höhe von 140000 Milchkuhen im Alter von 2 bis 6 Jahren, von 4000 Stieren, 40000 Färsen, 700 Zuchtschweinen, 40000 Stuten und Stutenfüllen, 1200 Schafböcken, 120000 Schafen, 10000 Ziegen und 15000 Mutter-schweinen ausgeführt worden. Daß sie indes nur als Abschlagszahlung gedacht waren, ist leider bisher vollständig übersehen worden; nunmehr kommt das dicke Ende und damit das juchbare Erwachen nach. Ob es der deutschen Regierung gelingt, die Franzosen und Belgier von der Ungeheuerlichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen und ihnen das Verständnis für die unabsehbaren Folgen beizubringen, steht dahin. Wie hoch diese Forderung eigentlich ist, geht aus dem Vorwärts hervor, der sie wie folgt berechnet: 100000 Stiere, 11150 Stück Rindvieh, 52000 Zugschweine und 810000 Kühe. Aus seinen Mitteilungen ist ferner zu ersehen, daß von diesen Tieren 500000 Kühe und 10000 Stiere von Frankreich gefordert werden, 11150 Stück Rindvieh von Italien, 210000 Kühe von Belgien und 100000 Kühe, 5000 Zuchtschweine und 52000 Zugschweine von Serbien. Zuverlässigen Mitteilungen zufolge hat die Reichsregierung gegen diese Forderung bei der Wiedergutmachungskommission Einspruch eingelegt.

Die Zerstörung der Dieselmotoren.

M. Berlin, 17. Okt. Zu einer Meldung, die Zerstörung der Dieselmotoren durch den Verband sei aufgehoben, ist zu bemerken: Die Friedensdelegation hat die Mitteilung gemacht, daß sich der Völkerverbund bereit erklärt habe, bis zum Eintreffen der deutschen Delegation die Angelegenheit zurückzustellen. Die Reichsregierung, die die Zerstörung betrifft, ist nur vorläufig aufgeschoben worden. Die Reichsregierung hält daran fest, daß die Forderung dem Friedensvertrag widerspricht, daß die Dieselmotoren kein Kriegsmaterial sind, und wir sie deshalb auch nicht zu zerstören brauchen.

Zur Sozialisierung des Bergbaus.

Berlin, 16. Okt. Zur weiteren Durchberatung der Sozialisierungsfrage wurde in der Sitzung des Reichskohlenrats ein fünfzehngliederiger Ausschuss gewählt, in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Bergarbeiter usw. in drei Gruppen vertreten sind. Gewählt wurden die Herren Bergerrat Kleine (Bergarbeiter Hugo Stinnes), Berthold, Silberberg, Hilger, Tittler; in der zweiten Gruppe: Imbusch, Steger, Wagner, Langhans, Döhrer; in der dritten Gruppe: Weisinger, v. Bredow, Alpert, Griebel und Beckmann. Dieser Ausschuss wird Hand in Hand arbeiten mit einem gleich starken und nach gleichen Gesichtspunkten zusammengesetzten Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, der aus folgenden Herren besteht: Exzellenz v. Braun, Stinnes, Gump, Dr. Frank, Jell, Balthard, Cohen, Kuschel, Umbreit, Werner; Rathenau, Bernhardt, Heinrich Kaufmann, Dr. Berthold und Bögle, dessen Vertreter Direktor Langen, Köln, ist. Als Aufsicht zu der Vollversammlung des Reichskohlenrats fanden vorzulegen Sitzungen seiner beiden technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschüsse für Brennstoffverwendung und für Kohlenbergbau statt. Unter anderem wurde die Unterstützung der Kohlenforschungsinstitute beschlossen. Ferner beauftragte Professor Heise, Bochum, über die Frage der Niederbringung neuer Schächte im Ruhrgebiet. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, daß dies kein taugliches Mittel sei zur Hebung der Förderung, im Vergleich zur Steigerung der Förderung auf den vorhandenen Schachsanlagen. Das Ergebnis ist, daß im ersten Fall 3000 Arbeiter und rund 450 Millionen Mark Aufwands bedürftig werden, im zweiten Fall nur 1600 Arbeiter und 210 Millionen Mark. Schließlich war von Interesse der Bericht des Generaldirektors Piatschke von den absehbaren Kohlenwerken, der auch die Frage behandelte, ob der Bau neuer Braunkohlenbräunereien volkswirtschaftlich empfehlenswert sei. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Einrichtung neuer Braunkohlenbräunereien in großem Umfang in nächster Zukunft ausgeschlossen sei.

Abbau der Verbandskommissionen?

München, 17. Okt. Der Abbau der Verbandskommissionen scheint zu beginnen. Als erste hat die Unterabteilung Bayern der Luftfahrtfriedenskommission uns verlassen. Dazu schreibt die Augsburger Abendzeitung.

Die Trümmerschäufen, welche man uns zurüchläßt, geben ein besseres Zeugnis von der ungeheuren Schwere unserer Verpflichtung als die 300 Seiten des Friedensvertrags, und man muß es den Herren wirklich lassen, daß sie zu und gründlich gearbeitet haben. Aber außer den Meilenverlusten an mobilem Kriegsgüter muß noch ein schweres Opfer gebracht werden; bis Anfang nächsten Jahres muß nach Meinung der internationalen Wiedergutmachungskommission die Abtragung oder Zerstörung der Bunkerhallen und -schuppen durchgeführt sein. Bedeutet schon der Verlust an Abbruch und die Wiederrichtung solcher Hallen an Plätzen, die für den Flugverkehr ungeeignet sein müssen, eine harte Verpflichtung, so bleibt die Vernichtung von Hallen, wozu durch Sprengung, ein kulturwidriges Verlangen, gegen das nicht laut genug Verwahrung erhoben werden kann.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Kassel, 16. Okt. Zu der Nachmittags-Sitzung des sozialdemokratischen Kongresses wurde die von Dr. Adolf Braun zur Sozialisierungsfrage eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen. Die großmütige, wenn auch schriftliche Sozialisierungsfrage der Produktionsmittel wird durch diese Entschließung verlangt. — Meerfeld-Wien berichtet über den internationalen Sozialistenkongress in Wien und verkündet eine von ihm eingebrachte Entschließung, nach der der Parteitag sich auf den Boden der Wiener Beschlüsse stellt. Er empfiehlt die Entschließung der Frau Guchacz, die sich gegen die neue Entente-Forderung von 810000 Milchkuhen richtet. Beide Entschließungen wurden einstimmig angenommen.

Die jugoslawischen Truppen in Kärnten.

M. Belgrad, 17. Okt. Zur Entsendung von zwei jugoslawischen Bataillonen in die Volksabstimmungszone in Kärnten hat die serbische Regierung der internationalen Volksabstimmungskommission mitgeteilt, sie habe die Maßnahme getroffen, um der jugoslawischen Verwaltung in dem Volksabstimmungszone einzustellen. Durch die Entsendung der Truppen soll die Sicherheit derjenigen Einwohner gewährleistet werden, die aus ihrer Zuneigung zu Jugoslawien kein Hehl machen. Trotz dieser Erklärung bestand die internationalisierte Kommission auf der Zurückziehung der beiden Bataillone.

M. Graz, 16. Okt. Zur Feier der durch die Abstimmung in der Kärntner Zone A gesicherten Anteilbarkeit Kärntens wurde ein Fackelzug veranstaltet, woran sämtliche Korporationen der Stadt und die gesamte Bürger- und Arbeiterenschaft teilnahmen. Vandeshauptmann Mintelen gedachte in einer Rede der Brüder, die in den losgelassenen Teilen Steiermarks, Südtirols und der Sudetenländer unter fremder Herrschaft leben und betonte, daß die Bevölkerung der Stadt Graz und des Landes Steiermark stärker denn je die Sehnsucht empfinde, mit dem Deutschen Reich vereinigt zu werden. Bürgermeister Wachtisch nannte das Abstimmungsergebnis ein stammendes Bekenntnis zu Deutsch-Österreich und für den Anschluß an die große deutsche Republik und protestierte gegen die neuerliche militärische Besetzung der Abstimmungszone durch die Südslawen. Er schloß mit einem Hoch auf Kärnten, auf die österreichische und die deutsche Republik und die Vereinigung beider Länder.

Deutschland.

Die Vorbereitung der Holzauslieferungen an die Entente. Wie die A. V. erfährt, sind die Vorbereitungen für die Fortführung der Verhandlungen über die Holzauslieferungen an die Entente weiter im Gange. Die auf Grund der ersten Verhandlungen in Paris in Aussicht gestellten Mitteilungen der Reparationskommission über die Höhe ihrer Forderungen sind noch nicht eingegangen. Diesseits ist eine dreigliedrige Kommission mit den Vorbereitungen beauftragt worden, in der die Reichsminister für Wiederaufbau, für Ernährung und Landwirtschaft und für Verkehr vertreten sind. Es sollen unter Berücksichtigung aller Momente der inneren Wirtschaft, der Fortschrittlichkeit und der Transportfrage die Lieferungsbedingungen einer eingehenden Prüfung unterzogen und das Material für die zu erwartenden schwierigen Verhandlungen möglichst vollständig beschafft werden.

Geschäftsempfehlungen und Anzeigen. Geschäftsempfehlungen sind dann von der Anzeigensteuer befreit, wenn sie sich auf Geschäftspapieren befinden und die bestimmten Angaben enthalten. Unter diesen Geschäftspapieren sind nach einer Entschreibung des Reichsfinanzministers Briefbogen, Postkarten, Rechnungen, Scheidformulare und dergleichen zu verstehen, das sind Papiere, auf denen für Mitteilungen in Bezug auf das laufende Geschäft Raum ist, und die auch grundsätzlich mit dergleichen Mitteilungen versehen sind. Nicht zu diesen Geschäftspapieren gehören Mitteilungen, deren Inhalt lediglich in empfehlenden Hinweisen auf die Firma und deren Leistungen besteht, ohne bestimmungsgemäß Mitteilungen in Bezug auf das laufende Geschäft zu dienen, wie Prospekte, Preisverzeichnisse, allgemeine Angebote, Empfehlungskarten. Wenn also ein Papier bestimmungsgemäß nicht dem laufenden Geschäftsbetrieb dient, so ist es als Geschäftsempfehlung erhöht umsatzsteuerpflichtig.

Die Zahlungen für das Reichsnotopfer. Der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten hat an den Reichsminister der Finanzen eine Eingabe gerichtet, in der eine Änderung der Bestimmungen in § 26 des Reichsnotopfergesetzes vorgeschlagen wird. Durch die Veränderung sollen Voreinzahlungen auf das Reichsnotopfer, soweit letzteres auf den Grundbesitz entfällt, in weitem Umfang ermöglicht werden. Erreichen läßt sich dies, wenn die jetzige einengende Vorschrift, nach der eine Reichsnotopferhypothek nur von der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Kreditanstalt gegeben werden kann, die das Grundstück erstellend belassen hat, beseitigt und den Kreditnehmenden volle Freizügigkeit innerhalb aller vorgeordneten Kreditanstalten gewährt wird. Weiterhin ist es notwendig, daß die Eintragung, Abänderung und Löschung nicht nur der Reichsnotopferhypotheken, sondern auch aller anderen Hypotheken, die demselben Zweck dienen, kosten-, stempel- und gebührenfrei erfolgt. — Die Regierung steht diesem Antrag sympathisch gegenüber.

Vom Völkerverbund.

M. Mailand, 17. Okt. Der vierte Ausschuss der Völkerverbundvereinigung begann unter dem Vorsitz von Prof. Appel von der Universität Paris mit der Behandlung der Ab-rüstungsfrage. Ueber den Bericht der verschiedenen Ab-ordnungen entspann sich eine lebhafte Erörterung. Darin

...der Zeit entsprechend soll die Faser einen einfachen und klaren Charakter tragen.

Vermischte Nachrichten.

Das Großfeuer in St. Anna.
St. Anna, 14. Okt. Zu dem Großfeuer in St. Anna wird noch gemeldet: Die Arbeiter haben sich sehr schmerzhaft, weil die Zufuhr von Wasser ziemlich mangelhaft war. Der Brand blieb fast unbemerkt, da gestern die Nacht herrschte. Soweit bis jetzt festgestellt, sind 70 Personenwagen und 2000 Magnete, die auf Lager waren, sowie viele wertvolle Zubehörsgegenstände dem Brand zum Opfer gefallen. Die gesamte Reparaturwerkstätte ist ein Haub der Flammen geworden. Nur mit Mühe konnte ein großer Teil von Fahrzeugen, die sich in der Werkstätte befanden, gerettet werden. Der Brand dauerte bis in die Mittagsstunden hinein an. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt. Der Schaden soll sich auf etwa 30 Millionen Mark belaufen.

Das größte Beton Schiff, das bisher in Europa gebaut wurde, ist in Kopenhagen in Dienst gestellt worden.
Dieses Schiff, das nach einem dänischen Beton-Ingenieur vom Namen Bartels erhalten hat, übertrifft nach einer Mitteilung des Promethus mit einer Tragfähigkeit von 1000 Tonnen bei weitem die bisher größten norwegischen Betonfahrzeuge, die nur 1000 Tonnen Tragfähigkeit hatten. Das Fahrzeug, das erste dieser Art, das auf einer dänischen Werft gebaut wurde, ist 71 Meter lang und wird durch eine Dampfmaschine angetrieben, mit der es etwa acht Knoten läuft.

Das Fluktuationswesen nimmt auf dem Weltmarkt in erschreckender Weise überhand. Ein neuer schwerer Ueberfall hat sich oberhalb Gernsheim ereignet. Das Boot „Hugo Stinnes“ war von Bingen kommend, mit 7 mit Kohlen und Koks beladenen Schiffen vor Anker gegangen. Nachts zwischen 12 und 2 Uhr wurde der Kapitän des Stinnesbootes durch vom Booten abgehende Schiffe alarmiert. Der Kapitän alarmierte durch Signale die Besatzungen des Schleppbootes und des Anhängerschiffs und eilte in einem mit 15 Mann besetzten Nachen den Anhängerschiffen zu Hilfe. Wie sich nunmehr herausstellte, war das letzte Anhängerschiff von einer 35 bis 40 Mann starken Bande überfallen worden. Die Bande konnte schließlich zwar vertrieben werden, aber die in ihr mitgeführten „Mitteln“ bereits untergebrachte Beute, etwa 300 bis 400 Zentner Kohlen und Koks, konnte ihr nicht mehr abgenommen werden.

Landwirtschaft.

Deutsche Landwirtschaftsausstellung 1921 in Leipzig. Von 16. bis 21. Juni wird in Leipzig die 12. Deutsche Landwirtschaftsausstellung abgehalten. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß über den Umfang der Ausstellung bereits einige Mitteilungen gemacht werden können: An Tieren wird sie mit Ausnahme von Pferden, Mäusen, Schafen und Schweinen, die aus nacheinandergeordneten noch nicht wieder an der Ausstellung teilnehmen dürfen, alle jene Arten bringen, die man von den Vorkriegsausstellungen her gewohnt ist. Erhöhte Bedeutung wird der Haustierzucht zuteil werden. Es sind besonders umfangreiche Abteilungen für Riegen, Geflügel, Kaninchen und Fische geplant. Interessant dürfte sich auch die Spezialausstellung für landwirtschaftliche Erzeugnisse gestalten: Neben Saatgetreide, Getreide, Futtergetreide und Spinnpflanzen wird der landwirtschaftliche Fortschritt, der Obst- und Gemüsebau, die Milch- und Milchwirtschaft und vieles andere vertreten sein. Auch das Siedlungsweesen wird auf der Ausstellung zu seiner heutigen Bedeutung entsprechende Stellung einnehmen. Besonders stark wird die Beteiligung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinenbau sein. Die Hauptabteilungen der Dampfertraktoren und Kartoffelmäcker sind zur Zeit im Gange. Ebenso werden die an der Hauptausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und für Bodenbearbeitungsgeräte des Landes beteiligten Maschinen auf der Ausstellung vorgeführt werden.

Kranke Kartoffeln. Der Leiter der Anatolischen Pflanzenbauorganisation für die Rheinprovinz, Prof. Schöps, Bonn-Boppelsdorf, teilt folgendes mit: Infolge des Winters hat sich auf den Kartoffelfeldern der Krausfäule in weiten Teilen Deutschlands außerordentlich stark verbreitet. Die durch ihn hervorgerufene Krankheitserscheinung äußert sich darin, daß das Kartoffelblatt anfänglich vom Rande her nach schließlichen vollkommen schwarz wird. Die ganze Staude stirbt dann vorzeitig ab. Aber nicht nur die krautigen Teile, die Blätter, sondern auch die Knollen werden von dem Krausfäule befallen. Knollenfäule bis zu 500 vom Hundert der Knollen und mehr ist bei den frühen Kartoffelsorten in diesem Jahre durchaus keine Seltenheit! Auch auf dem Lager halten sich die frühen Kartoffeln in diesem Jahre nach unseren Beobachtungen schlecht. Erzeuger, Kartoffelhändler und Verbraucher haben daher mit wesentlichen Verlusten zu rechnen, wenn die Knollen nicht rasch verbraucht werden. Selbst die Knollenfäule ist bereits auf dem Felde stark von der Krausfäule befallen; ihre Haltbarkeit wird infolge dessen ebenfalls vorwiegend beschränkt sein und es gilt jetzt, die Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, um die Verluste nach Möglichkeit zu vermindern. Zur Sicherung der Wintervorräte ist es vor allem notwendig, die Kartoffeln sorgfältig zu versorgen. Es ist also notwendig, daß durch Erdboden, Kautschuk, oder die Erde verpackten Kartoffeln auszuweichen und die Knollen rasch zu verbrauchen. Die phytosphorischen Krankheiten kennzeichnen sich dadurch, daß an ihrer Oberfläche eine weißliche, etwas eingesenkte Stellen auftreten. Das Knollenfäule erscheint hier beim Durchschneiden als rötlichbraun gefärbt. Der Witz kann nun entweder die Knollen rasch in Säure überführen, wie es im Falle der Krausfäule bei den diesjährigen frühen Kartoffelsorten im allgemeinen der Fall ist, oder die Knollen greift im günstigeren Falle nicht weiter. Das unter der Schale liegende angegriffene Gewebe trocknet ein und nimmt eine zuckerartige Beschaffenheit an. Eine genaue Anweisung über die Aufbewahrung der Kartoffeln enthält das Flugblatt Nr. 12 der Hauptstelle für Pflanzenbau. In dem Flugblatt Nr. 16 findet man alles, was sich über die Lebensweise des Erregers der Krausfäule, den Krausfäulepilz, und die Vorbeugungsmaßnahmen, die im Falle der Krausfäule zu treffen sind, findet man. Die Krausfäule ist gegen Nachnahme zum Preise von 50 Pfennig zu haben.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Coblenz, 16. Okt. Wie die „Cobl. Bz.“ erfährt, wird in allerhöchster Zeit ein Sonderhandelsblatt im Auftrag der Coblenzer Zeitung herausgegeben. Die Hauptredaktion soll in Coblenz liegen.

Leipzig, 16. Okt. (Anhalt.) Am Mittwoch, den 16. Okt., findet die Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Anhaltischen Gymnasiums und Realgymnasiums statt. Dem Ernst

der Zeit entsprechend soll die Faser einen einfachen und klaren Charakter tragen.

1. Naumburg, 18. Okt. Der beliebte und geachtete Herr Richter Dieb hat Sonntag in der evangelischen Kirche dahier seine Abschiedsrede gehalten und sodann nach seinem neuen Wirkungskreis, Weidlich a. Rh. überfiedelt. — Die amtlichen Kreisverwaltungsstellen sind mit Genehmigung der Regierung Herrn Lehrer Wankel übertragen worden.

2. Bingen, 17. Okt. Die teure Hindenburgbrücke. Die feierliche Eröffnung der Hindenburgbrücke zwischen Naumburg und Weidlich hat allen Interessenten eine recht herbe Enttäuschung gebracht. Man glaubte allgemein, an einen „freien“ Verkehr, muß aber jetzt die Wahrnehmung machen, daß das Passieren der stolzen Brücke zu Fuß oder Wagen, Fahrrad oder Auto ein recht kostspieliges Vergnügen bedeutet. Die jetzt erst bekannt gewordenen Gebühren liegen vor: Für Kraftfahrzeuge 30 Mark; für Fuhrwerke mit Bespannung 20 Mark; für ein Stück Großvieh 3 Mark, für Kleinvieh 3 Mark, und für Fahrräder und Handwagen 2 Mark. — Angesichts dieser Gebührenfrage muß man sich tatsächlich fragen, ob die beteiligten Institutionen die Verbindung der beiden Rheinufer als ein Verkehrsmittel oder eine Abzweigung ansehen. Ob die Eisenbahnverwaltung glaubt, auf diese Weise ihr Milliardenverdienst zu decken?

3. Hachenburg, 15. Okt. Einem hiesigen Kaufmann wurden 34 000 Zigaretten beschlagnahmt, die unterseuert waren. Das Schöffengericht in Hachenburg verurteilte ihn zu 500 Mark Geldstrafe und verhängte die Einziehung der Zigaretten.

4. Frankfurt, 16. Okt. Der 41-jährige Kaufmann Moritz Schöner von Köln und der 22-jährige Katholik Konstantin aus Koblenz boten einem hiesigen Kaufmann drei Kilo Platin im Werte von 240 000 Mark zum Kauf an, wobei sie als Probe einige Stücken echten Platin vorwiesen. Die Hauptmasse der Ware bestand jedoch aus Blei, das nur einen Wert von 120 Mark darstellte. Der Kaufmann kam rechtzeitig hinter den betrüblichen Versuch und verweigerte die Verhaftung des Paars. — Ein Trio der Kaufmann Alois Vohr, der Maler Johann Weber und der Arbeiter Jakob Kohl legten sich runde Platten zu und legitimierten sich damit als Kriminalbeamte der zahlreichen Familien. Die nächsten sie Hausdurchsuchungen nach Gold und Silber vor. In einigen Fällen hatten sie auch wirklich Glück und erhielten auch tatsächlich das begehrte Edelmetall. Als die drei Schwindler Donnerstag nachmittags abermals eine Hausdurchsuchung vornahmen, schrieb einer der Geschädigten aus Mitleid aus dem Fenster. Straßenspatzen drangen in die Wohnung ein und nahmen die Burschen fest.

5. Frankfurt a. M., 16. Okt. Eine verwinkelte französisch-deutsche Beziehung. Im Mainz galt die französische Zeit; auf dem dortigen Bahnhof jedoch die deutsche Zeit. Daraus ist eine Schadenfreude über 40 000 Mark entstanden. Einem hiesigen Kaufmann waren nämlich in Mainz lagervorne Waren zur Verfügung gestellt und ein Verleumdungstermin zu seinen Gunsten auf einen Vormittag um neun Uhr anberaumt worden. Als er sich am 8. Okt. um 8 Uhr auf die Bahn, kam um 9 Uhr auf dem Mainzer Bahnhof an: doch als er aus dem Bahnhof auf die Straße trat, war es in Mainz — nach französischer Zeit — 10 Uhr und die Verleumdung bereits vorüber. Sie hatte einen Mindereinnahme von 40 000 Mark ergeben. Rummel macht der Kaufmann den anderen, der die Waren verfertigen ließ, durch einen Prozeß am hiesigen Landgericht für diesen Anfall schadenerschuldigt, weil er ihm von der verhängenen Zeit in Frankfurt und Mainz nicht unterrichtet habe; er behauptet, daß er durch seine Anwesenheit bei der Verleumdung den Mindereinnahme durch Selbstverleumdung verhindert hätte.

6. Frankfurt a. M., 16. Okt. (Eine pelzige Geschichte.) Es ist längst keine Seltenheit mehr, daß Bestohlene ganz ernsthaft mit den Dieben verhandeln. Ein solcher Vorgang bildet die Grundlage zu einem Prozeß vor dem hiesigen Oberlandesgericht. Einem Manne war in einem Vergnügungsort sein kostbarer Pelz aus der Garderobe abhanden gekommen und der Diebstahl wurde dem hiesigen Landgericht zu einem Schadenersatz von 5000 Mark verurteilt worden, wobei es in der Begründung heißt: daß der Bestohlene inwieweit den Dieb ermittelt und von ihm den Pelz zu einem weit geringeren Preis zurückgekauft habe. Hierüber wurde Beweisführung angeordnet.

7. Wiesbaden, 15. Okt. (Der erste Viehmarkt in Wiesbaden nach dem Krieg.) Um 10 Uhr am Montag nahm der Markt seinen Anfang, zu dem 167 Stück Großvieh, darunter 53 Ochsen, 3 Bullen, 88 Kühe und Ferkel, 16 Mäuler und 53 Schweine aufgetrieben waren, ein Auftrieb, wie er kaum an den besten Marktagen in der Vorkriegszeit war: auch die Qualität war gut. Das Großvieh kamte aus Schleswig-Holstein, Oldenburg und Hannover, nur 12 Stück aus dem heimischen Bezirk, von der Harz- und der Limburger Gegend. Durch den weiten Transport von Norddeutschland her hatten die Händler durchschnittlich an jedem Stück Großvieh anderthalb Zentner Gewichtsverlust zu verzeichnen, ein Umstand, der bei der Preisgestaltung zu berücksichtigen war. Die Kühe kamen aus der Umgegend, die Schweine aus der Provinz Hannover. Der Handel legte sofort fest ein. Der Markt war bald geräumt, ausgenommen fünfzig Stück Großvieh geringwertiger Qualität, für die sich kein Käufer fand. Von Weggern und Händlern wurde je nach Preisbereitschaft jede Erregung vermieden, erbotene Preisabläufe waren ausgeschlossen. Man will hier eben den Beweis erbringen, wie der Vorsteher der Viehverwaltung, Obermeister Klein, und der Vorsteher des Wiesbadener Viehhändlervereins, Kohn (Weidlich) bezeugen, daß die beiden Gewerbe es allgemach dahin bringen, Vieh und Fleisch billiger zu liefern als dies unter der Zwangswirtschaft möglich war. Natürlich von heute auf morgen geht das nicht. Die Einkaufs- und Lieferungsverhältnisse der Viehherren von Wiesbaden und Umgebung hatte auch den Viehherren einen Regel vorgeschoben, indem sie für ihre Mitglieder achtzig Stück Großvieh und vierzig Schweine sofort aufkaufte; auch die Viehherrenverwaltung hatte durch scharfes Aufpassen Viehhändlervereins unmöglich gemacht. Notiert wurden folgende Preise: Großvieh je nach Güte 5,5 bis 9 Mark; Mäuler 9 bis 10; Mark und Schweine je nach Güte 14 bis 16 Mark, alles pro Pfund und Lebendgewicht.

8. Nordenstadt, 15. Okt. Der hiesige Landwirt Karl Dieb wurde wegen Fälschung von Milch zu drei Wochen Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

9. Hildesheim, 13. Okt. In der gestrigen, zum Zwecke der Landratswahl einberufenen Kreisversammlung wurden auf der Tagesordnung folgende Kandidaten Dr. Mühlens 11 Stimmen und Regierungsrat Scherer aus Münster 8 Stimmen abgegeben. Herr Dr. Mühlens ist danach als Landrat des Rheingaukreises gewählt. Der neue Landrat, ein Rheingauer Kind, und aus Gießen gebürtig, hat das hiesige Landratsamt bereits kommissarisch verwaltet und erfreut sich großer Beliebtheit.

10. Niederalbbach, 1. Z. 15. Okt. Als ein hiesiger Landwirt ein Faß Wein das er von rheinischen Verwandten erhalten, hatte, öffnete, um eine Probe daraus zu entnehmen, stellte es sich heraus, daß das Faß überhaupt keinen Wein, sondern reines Brunnwasser enthielt. Die Taufe hatten menschensfreundliche Hände während des Eisenbahntransportes vollzogen.

Beobachtungen und Gedanken eines Lesers vom Lande.

Im folgenden veröffentlicht wir einen Brief eines Landwobolners in der Hoffnung, daß er vielen nützen wird. Wenn die verehrliche Redaktion nachstehende Zeilen zur Veröffentlichung bringt, darf sie überzeugt sein, nicht den Beifall aller Leser zu finden; aber sie darf auch des Beifalles aller anständig Denkenden, denen das Wohl und Wehe unseres Volkes am Herzen liegt, sicher sein. Bei den vielen Rufen unseres Volkes spielt immer noch die Hauptrolle die Sorge um die

tägliche Nahrung. Ein Mann und Jagen nach Kartoffeln hat begonnen, wie wir es kaum je erlebt haben; und wovon sei bemerkt, die Landwirte, soweit Schreiber dies beurteilen kann, halten die Kartoffeln nicht zurück. Wägen auf Wägen geht in die benachbarten Städte. Aber wie sieht es mit der Preisbildung aus, Höchstpreis 25 Mark, glaubt das wirklich noch jemand? Gewiß, Einzelhändler wo so verkauft wird mag es geben; aber in fast allen Fällen kommt auf den Verkaufspreis von 25 Mark noch ein entsprechender Aufschlag, je nach der Anständigkeit, oder auch Unanständigkeit, des Verkäufers und Käufers von 5 bis 10 Mark pro Zentner. Nur noch ein mitleidiges Lächeln hat man für die Verordnungen der Behörde in Bezug auf Höchstpreise. Und was für die Kartoffeln gilt, das gilt nicht weniger für Obst, Getreide usw. Sollen wir auf dieser Bahn weiterreiten, die den Arbeiter notgedrungen zu immer höheren Lohnforderungen anspornen müssen; ist noch genug Geld, wollte jagen Papiernoten in den Händen angehäuft. Wohin soll dieses Tun und Treiben führen, dem doch über kurz oder lang eine furchtbare Ernüchterung bevorstehen mag. Und wie es im Privatleben zugeht, so vielfach auch im Gemeinleben; wohin ist der Gemeinmann gekommen? Herrscht denn wirklich nur noch der eine Gedanke „Wenn ich es nur habe, was liegt mir am Reichen, ich bin mir selbst der Nächste“? Und wenn wir auf das Gebiet von Ehrlichkeit und Treue übergehen wollen, was würden da erst für Schilderungen entstehen, doch für heute wollen wir es genug sein lassen.

Denke niemand, der Schreiber dieses sei ein Schwarzgeher: o nein, eher das Gegenteil. Aber wenn man sieht, wie unser Volk gleich wie in einem furchtbaren Wahn dahinfliehet, sich selbst absichtlich täuscht, so kann einem, der das Volk liebt, doch das Herz schwer werden, und nur die Hoffnung, daß sich doch noch starke treue Männer finden, die den rollenden Wagen mit eiserner Faust aufhalten, läßt einem nicht ganz verzagen. Mögen sich diese Männer bald finden, ehe es zu spät ist, und ihr lieben Vater und ich, wir wollen unser Bestes tun, ihnen bei dieser schweren Arbeit zu helfen.

Aus dem Unterlabnkreise.

1. Waisenkasse. Die diesjährige Waisenkasse wurde ich, beginnend an den in dem auch für 1920 geltenden Waisenkassenplan für 1919 bezeichneten Terminen, in der seitherigen Weise vornehmen, wozu jedoch die Waisenkassen des dortigen Bezirks vor dem Zeitpunkt, mit welchem die Einzeichnungslisten in Umlauf gesetzt werden sollen, davon in Kenntnis setzen zu lassen, damit sie durch eine vorgängige, geeignete Anzeigensprache ihre Kirchspielangehörigen über die Bedeutung der Sammlung belehren und auf einen günstigen Erfolg der Kollekte hinwirken können. Die gesammelten Beiträge einschließlich der Erträge der Sammel- u. Waisenbörse bitte ich binnen längsten 14 Tagen nach erfolgter Einzeichnung an die zuständige Kasse der Rheinischen Landesbank abliefern und mir sodann die einzelnen mit der Eintragung des Namens bezeichnen Waisenkassenbesitzer nach einer auf besondere Waisenbörse gefertigten Zusammenfassung des Gesamtertrages des dortigen Bezirks bis Ende Januar 1921 zukommen lassen zu wollen. Die Waisenkassenbesitzer bitte ich bei ihren Eingängen auf ihre rechnerische Richtigkeit prüfen und etwa sich ergebende Mängel beseitigen zu lassen. Auch bitte ich darauf hinzuwirken zu wollen, daß die Waisenkassenbesitzer möglichst überflüssig aufgestellt und mit Tinte, insbesondere die Namen der Geber deutlich geschrieben werden. Im übrigen nehme ich Bezug auf mein Schreiben vom 8. November 1908 Z. Nr. 1. W. 1908, nach welchem ich auch in diesem Jahr vorsehen zu lassen bitte. Zum Schluß teile ich ergebenst mit, daß im Hinblick auf die Waisenkasse sowie auf die hohen Druckkosten für die Folgen in den Waisennachrichten als besonders hervorzuhebende Geber nur noch die Personen aufgeführt werden sollen, die einen Betrag von mindestens 5 Mk. zur Waisenkasse gegeben haben. Die Kollektanten bitte ich, sich anzuheben zu lassen, daß sie hiervon dem Publikum gelegentlich der Erhebung der Waisenkasse in geeigneter Weise Kenntnis geben. Ges. Krefeld.

Aus Bad Ems und Umgegend.

1. Reichseinkommensteuer. Auf die heutige Bekanntmachung der Stadt Ems über Zahlung der Reichseinkommensteuer wird besonders hingewiesen.

2. Geflügelzuchtverein. Am Freitagabend hielt der Geflügelzuchtverein in seinem Vereinslokal „Zur Nacht am Rhein“ seine Monatsversammlung ab. Mehrere neue Mitglieder wurden aufgenommen. Den Mitgliedern wurde durch den Vorsitzenden eine Ueberrasschung zuteil, indem dieser einen Stamm silberfarbiger Italiener beschaffen ließ. Der glückliche Gewinner war Herr Karl Schumacher. Hoffentlich gelingt es dem Vorsitzenden noch öfters fremde Jungvögel zur Verlosung zu bringen.

3. Achtung Kriegsbeschädigte! Heute abend 8 Uhr bei Frau August Gabel Ww. Mitgliederversammlung. Auf die Wichtigkeit der Tagesordnung: Kriegsbeschädigung, Rentenversicherung, Holzversorgung usw. wird aufmerksam gemacht. Vollständiges Erscheinen ist dringend erforderlich.

4. Pflichtfeuerwehr. Die Einweisung der Wehr ist folgende: 1. Bezirk: Linke Lahnseite bis zur Kaiserbrücke, Lahnstraße, Grabenstraße und Graben. 2. Bezirk: Krämerstraße, Rathausstraße, Viktoria-Allee, Gartenstraße, Drömmelweg, Bleichstraße, Weidellweg, Krummenauer Weg, Kirchstraße, Friedhofstraße, linke Lahnseite von der Kaiserbrücke bis Silberau. 3. Bezirk: Goblengstraße, Bachstraße, Schulstraße, Wallstraße, Silberaustraße, Lindenbach, Arenbergerstraße, Hohe Mauer, Lindenstraße, Mühlstraße, Krebsbachstraße, und Emserschütte.

Dezete Nachrichten.

Eigener Drahtnachrichtendienst der Ems und dieser Zeitung.

Die Spaltung der USP.

1. Halle, 16. Okt. Auf dem Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde der Antrag Däumig-Eidder, wonach der Parteitag die Bedingungen für den Eintritt in die dritte Internationale anerkennt, mit 257 gegen 156 Stimmen angenommen. Zwei Delegierte nahmen an der Abstimmung nicht teil. Auf die Aufforderung Crippens verließ der rechte Flügel den Saal. Däumig erklärte, daß der Parteitag der U. S. P. D. nach wie vor zu Recht bestehe und daß seine Beschlüsse bindend seien. Die Verhandlungen dauern fort.

2. Halle, 16. Okt. Auf dem Parteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erklärte Crippen, daß derjenige Teil des Parteitages, der die 21 von der dritten kommunistischen Internationale vorgeschlagenen Bedingungen angenommen habe, verpflichtet sei, sich kommunistische Partei, Sektion Deutschland der dritten Internationale, zu nennen. Das bedeute den Eintritt in eine andere Partei, der nach dem Beschluß des Zentralvorstandes nicht zulässig sei. Demgegenüber erklärte Däumig, daß ein solcher Beschluß des Zentralvorstandes nicht vorliege und daß der Parteitag der U. S. P. D. nach wie vor zu Recht bestehe. Däumig verlas sodann eine Erklärung Sinowjews, worin dieser als Vertreter und Vorsitzender der Exekutive der kommunistischen Internationale zum Ausdruck bringt, daß die Exekutive keineswegs den Uebertritt zur U. S. P. D. (Spartakusbund) fordere. Die Exekutive gebe der Hoffnung Ausdruck, daß sich jetzt eine einzige Partei aus der U. S. P. D., der K. P. D. und allen wahrhaft revolutionären Elementen des deutschen Proletariats bilde. Hierauf hieß Sinowjew die

